

entlich vortheilhafte  
S-Dierte.

Segen bei Cohn!

resp. Landes-Regierung ga-  
Geldlotterie von über  
200,000 Thaler.

Die Geldlotterie ist diesmal  
Gewinne ganz bedeutend ver-  
zinst 67,000 Loose und werden in  
1000 Klassen folgende Gewin-  
nen, nämlich ein großer Haupt-  
20,000 Thaler, zweimal 10,000  
10,000, 25,000, 20,000, 15,000,  
10,000, 5mal 5,000, 2mal 3,000,  
1mal 1,000, 1mal 500, 35mal  
500, 206mal 100, 5mal 50,  
5mal 30, 498mal 20, 800mal  
10, 100mal 7, 25mal 6, 60mal 5,  
10,225mal 4, 31, 25, 22 und  
1mal 1000000 Thaler.

Die Original-Lose nur fl. 6  
fl. 3  
fl. 1 1/2

Sams. Cohn  
Hamburg.

Geichäftes  
d. J.  
kenthal, rückwärts im Hofe  
arbwaaaren,  
le  
ch Haare Bezahlung verkauft.  
G. Hertel,  
Sermannstadt.

Thaler  
osung  
Januar.  
ler; ferner 80.000, 10.000,  
00, 2 à 6000, 4 à 5000,  
500, 363 à 100, 23 à 300.

Am höchsten glückte unter mit das  
Serganten zu Feld, meinet Sauerhau-  
niger welen kochender Gontschew-  
niger das große Loos von 100,000  
Drauf anspiektion: meine Seuche hat  
nicht nur mich, sondern auch meine  
Vater auch ferner von Gede begehrt  
bleiben.

Ercheint  
mit Ausnahme des  
Sonntags täglich.  
Kostet für das halbe Jahr  
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.  
50 kr., ein Monat 5 kr.  
Mit Zulassung in das  
Haus 1 fl.  
Die  
Postverfendung:  
Im Inland:  
halbjährig 7 fl., viertel-  
jährig 3 fl. 50 kr., 6 W.  
Im Ausland:  
vierteljährig 4 fl. 50 kr.  
Medation und Eigen-  
thümer  
Th. Steinhausen.

# Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

# Siebenbürger Boten.

Anzeige  
Wer will werden in der  
Steinhausenschen Buch-  
druckerei angenommen;  
für Pest betragt dieselben  
Lang & Schwarz, Intern.  
Annoncenexpedition, Bar-  
gasse 1; für Wien die  
Annoncen-Bureau: A.  
Oppelk, Wollzeile 22,  
Haasenstein & Vogler 1,  
Wallfischgasse 10, Rudolf  
Mosse, Seilerstätte 2;  
für Rußland Haasen-  
stein & Vogler in Berlin,  
Hamburg, Frankfurt am  
Main, Bielefeld und Paris.  
Der Raum einer einblät-  
tigen Barmentzelle kostet  
beim erstenmaligen Einreden  
1 fr., das 2. Mal 6 fr., das  
3. Mal 5 fr., 5. Mal 4 fr., 6. Mal  
3 fr., 7. Mal 2 fr., 8. Mal 1 fr.

Filial-Abonnements-Bureaus: In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben, Buchhandlung; in Schässburg in C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erlar); in Szász-Régen bei Herren Dengyel & Wachner, Kaufleute; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mühlabach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in Maros-Vásárhely in Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn Spreer & Schell, Buchhändler; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeidner, Buchhändler; wofür die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 12. Sermannstadt, Dienstag am 14. Januar 1873.

### Politische Uebersicht.

Sermannstadt, 13. Januar.

Wie „P. N.“ erfährt, beschäftigt man sich kompetenten Ortes mit dem Plane, an die Spitze der kroatianischen Regierung einen nicht kroatianischen Staatsman zu stellen. Die betreffende Persönlichkeit würde auf Grund der reichstäglichen Ermächtigung die Leitung der Geschäfte als kroatianischer Minister übernehmen. — Dasselbe Blatt reproduziert die Bemerkungen, mit welchen „S. S.“ die Thatsache begleitet, daß der Bischof von Hofenau, Schopper, das Dogma der Unfehlbarkeit in seiner Diözese verkündigt habe und fügt dann hinzu: Schopper wurde unter dem Ministerium Pauler zum Bischof ernannt und er bezieht sich, seinen Dank auf sonderbare Weise abzustatten. Trotz des Verbotes der konstitutionellen Regierung und der Affaire Jekelsaluff, ließ er das neue Dogma verkündigen. Wir sind überzeugt, daß der Herr Bischof die ganze Strenge des Gesetzes fühlen werde. („P. N.“ vergißt daran, daß die „ganze Strenge des Gesetzes“ alle die bischöflichen Kollegen des Herrn Schopper, den Fürstbischof von Prag, treffen müßte, welche desgleichen durch die Promulgierung der vatikanischen Dekrete das Landesgesetz verlegt haben.) Bismarck ist zum einfachen Minister der auswärtigen Angelegenheiten degradiert und Noen ist Präsident — Ministerpräsident ohne Portefeuille, so zeichnet Carl Vogt die Situation in Berlin.

Gerade dieser letztere Punkt ist entscheidend. Hätte Noen sein Kriegsportefeuille behalten, so wäre den Nationalliberalen doch noch einer jener bei ihnen so beliebten gläsernen Hoffnungsanker geblieben, deren Arme jedes Mal abbrechen, sobald man sie auswirft. — Nun ja, hätte man gelangt — wir kennen ja Noen — er kam nur Kriegsminister sein — er wird freilich präsidieren — Einer muß doch in den Sitzungen sagen: Jeoply hat das Wort! Die politisch leitende Seele bleibt doch Bismarck, und diese Magnaetadel weist unverrückt auf „Horschritt!“ — Aber Noen Ministerpräsident ohne Portefeuille läßt eine solche Deutung nicht zu — der neue Feldmarschall ist nur der politische Leiter des preussischen Gesamtministeriums und weiter Nichts — er hat keine Administration unter sich, keinen besonderen Verwaltungszweig — die Herren Kaiser und Consorten haben jetzt, was sie sich so lange gewünscht, einen wahren Leader, einen richtigen Präsidenten des Gesamt-Ministeriums!

Die preussische „National-Zeitung“ sagt: „Wie eine Pötte in einem ersten Schauspiel nahmen sich in der letzten Zeit die in Scene gestiegenen Zeitungskonfessionisten aus. In Posen hat das Gericht bereits ein weiteres Einschreiten gegen die Zeitungen, welche die Allokution veröffentlicht hatten, abgelehnt. Ohne Zweifel werden die Gerichte überall in gleicher Weise entscheiden. Für die Presse kann diese Art der Erledigung durchaus keine Genugthuung sein, denn trotz des richterlichen Ausspruches bleibt die Vermögensbeschädigung, es bleiben die Placereien und Scherereien, es bleibt das Gefühl vollkommener Rechtslosigkeit. Um die Empfindungen und Uebelstände zu verhängen und hervorzufragen, ist das mangelnde Verständnis der Polizeibehörden oder irgend ein Einfall eines Ministers in jedem Augenblick gegenwärtig in der Lage. Möge endlich auch die Preßfreiheit des Vertheils theilhaftig werden, eines Rechtschutzes in Preußen sich bewußt sein zu können. Bis jetzt ist sie trotz Verfassung und Grundrecht den Behörden gegenüber vogelfrei.“

Ueber das Schicksal der Zivilcasse bringt der „Magdeb. Anz.“ folgende merkwürdige Mittheilung: In Betreff des Zivilcasse-Gesetzentwurfs gehen widersprechende Nachrichten durch die Blätter. Unserer Information nach haben die evangelischen ersten Geistlichen Preußens Er-

zählung der staatlichen Ordnungen abzuwenden oder doch wenigstens bis dahin zu verschieben, wo die evangelische Kirche die ihr durch die Verfassung garantierte Selbständigkeit erhalten und sich über die Ehe-Gesetzgebung gutachtlich äußern können. Es steht daher der Vorschlag jetzt im Staatsministerium zur Erwägung, eine subsidiäre Ehe-Schließung da zu ermöglichen, wo in Folge der altkatholischen Bewegung oder sonst die Minderzahl der Kirche bei der Ehe-Schließung verweigert wird; im Uebrigen aber über den im Kultusministerium aufgestellten Gesetzentwurf über die bürgerlichen Ehe-Schließungen noch eingehendere Gutachten einzuholen. Die Schwierigkeit, in jedem Orte Persönlichkeiten außerhalb der Geistlichen zu finden, welche für die Beobachtung der so sehr wichtigen Vorfragen und für die Bezeugung der wichtigsten Thatsachen unbedingt Gewähr leisten, soll zu dieser Entscheidung bedeutend beigetragen haben. Die Erfahrung, daß die liberale Gesetzgebung vielfach in ganz unhaltbare Verhältnisse geführt hat, ist an höchster Stelle nicht unbeachtet geblieben. Möchte nur das unverlässliche Gebahren gewisser hervorragender katholischer Männer nicht zu überleiteten Beschlüssen verleiten.

Ein Telegramm aus London, 9. Januar, besagt: Seit vorgestern war der Zustand Napoleons ein sehr bedenklicher. Bald nach der zweiten Steingerammungs-Operation stellten sich Schüttelfröste und heftiges Fieber ein. Die Ärzte kontaktiren das Herinbrechen einer Harnvergiftung des Blutes. Das Bewußtsein des Kranken schwand. Es stellten sich Delirien ein. Heute Morgens erschien die Katastrophe unvermeidlich. Die Kaiserin ließ für die letzte Stunde die religiösen Vorbereitungen treffen. Napoleon starb kurze Zeit nach der Mittagsstunde. Er hat ein umfangreiches Memoire an seinen Sohn hinterlassen, sowie einen Abschiedsgruß an die französische Nation.

### Feuilleton.

#### Ein Roman aus unserer Schulwelt.

Am 1. September 1872 wurde an der Hauptvolksschule in Heltau eine Mädchenlehrerstelle erledigt, mit welcher zugleich der Zeichenunterricht in den beiden höheren Knabenklassen verbunden. Der bis zum 20. September ausgeschriebene Konkurs brachte nur einen Bewerber, welcher noch dazu die wichtigsten Beilagen seinem Gesuch nicht beigegeben hatte. So wurde die Ausschreibung eines neuen Konkurses beschlossen, zunächst aber vom Presbyterium bei dem Mädchenlehrer in Mediasch, Friedr. Wegendt, angefragt, ob er diese Lehrstelle nicht annehmen wolle, da eine private Anfrage desselben auf eine Genehmigung schließen ließ, einem etwaigen Antrage desselben auf eine Genehmigung schließen ließ, einem etwaigen Antrage nach Heltau Folge zu leisten. Auf die erfolgte Anfrage antwortete Hr. Wegendt am 5. Oktober telegraphisch, daß er sein Gesuch um Verleihung der Lehrerstelle übersenden werde. Das Gesuch vom 8. Oktober war nicht mit allen Beilagen versehen und mußte der Bewerber um Ergänzung derselben aufgefordert werden. Statt dieser ergänzenden Schriftstücke langte ein Brief vom 17. Oktober ein, in welchem Hr. Wegendt von seiner Bewerbung um die erledigte Lehrerstelle zurücktrat und diesen Schritt zu motiviren suchte. So mußte nach dreiwöchentlichen fruchtlosen Verhandlungen das Heltauer Presbyterium einen neuen Konkurs ausschreiben.

Am 4. November wählte das Presbyterium aus den angemeldeten Bewerbern auf Grundlage der vorliegenden Zeugnisse einstimmig den Zeichenlehrer am Unterprimarium in Mühlabach, Moritz Gerger, zum Lehrer in Heltau. Die Nachricht davon wurde dem Gewählten sofort übermittelt, welcher auch binnen wenigen Tagen brieflich für die Wahl dankte, dieselbe anzunehmen und etwa am 10. November persönlich nach Heltau zu kommen versprach. Der neue Lehrer kam am bezeichneten

Tage jedoch nicht, wohl aber langte eine Zuschrift desselben vom 12. November an das Presbyterium an, in welcher er erklärte, nicht nach Heltau kommen zu können, da ihm das Mühlabacher Presbyterium mittlerweile 100 fl. Gehaltszulage bewilligt habe.

Sofort nach Empfang dieser Zuschrift, welche am 14. November einlangte, schrieb das Presbyterium an den evangelischen Prediger in Karlsbütte, Friedrich Theil, welcher ebenfalls unter den Bewerbern gewesen war, dem aber seine Zeugnisse bereits zurückgeschickt worden waren, trug demselben im Namen des Presbyteriums die Heltauer Lehrerstelle an und forderte denselben auf, seinen Entschluß telegraphisch kund zu geben, damit man im Uebnahmensefalle sofort einen neuen Konkurs ausschreiben könne. Zugleich wurde dem am 17. November versammelten Presbyterium dieser Schritt mitgeteilt und von demselben unumwunden gebilligt, da bei der Wahl vom 4. November die Wahl eben zwischen Gerger und Theil geschwankt hatte. Am 23. November sendete Theil telegraphisch die Antwort, daß er die ihm angetragene Lehrerstelle annehme; er bitte um Weisung, ob er seiner Gemeinde ausfindigen dürfe? Die bejahende Antwort des Presbyteriums wurde telegraphisch am 24. November abgefordert und Theil zugleich aufgefordert, seine Zeugnisse behufs der nachzufolgenden Bestätigung sofort zu überbringen. Das Heltauer Presbyterium athmete hoch auf, denn es glaubte endlich nach drei Monaten einen Lehrer erhalten zu haben. Es hatte sich leider auch diesmal bitter getäuscht.

Am 27. November schrieb Theil einen Brief an den Heltauer Pfarver mit der Mittheilung, daß er am 24. November auch in Agnetsheln zum Zeichenlehrer gewählt worden sei und nun nicht wisse, was er thun solle. Er bat den Pfarver um seinen guten Rath. Dieser antwortete ihm, daß er die Agnetshelner Wahl gebührendes Wort zu halten. Vor allem aber sei es für die Heltauer Schule wünschenswert, endlich einmal zu einem Lehrer zu kommen und daher bitte er, Theil möge telegraphisch bestimmen, in welchem er kommen wolle oder nicht, damit man wisse, was weiter zu thun sei. Auf dieses von der höchsten Loyalität erlauchte Schreiben antwortete

jedoch Theil keineswegs bestimmt, wie man ihn gebeten hatte, sondern schrieb in einem Briefe anfangs Dezember, wenn man ihn in Heltau nur mit Zeichnen, Schreiben, Rechenkunde, Geographie und Ungarisch beschäftigen wolle, so werde er in 3 Wochen in Heltau sein. Diese Bedingungen wurden natürlich zurückgewiesen, im Uebrigen aber darauf hingewiesen, daß es Grundfals an der Heltauer Schule sei, einen Lehrer nicht immer in einer und derselben Klasse und mit denselben Gegenständen zu beschäftigen. Nachmals wurde Theil aufgefordert, sich endlich bestimmt zu erklären, übrigens nicht verschwiegen, daß das Heltauer Presbyterium entschlossen sei, im Ablehnungsfalle einen Disziplinarprozeß gegen ihn anzustrengen.

Während dieser Verhandlungen, welche wieder drei Wochen in Anspruch nahmen, scheint nun aber Theil in Agnetsheln den Glauben erweckt zu haben, als ob er die dortige Lehrerstelle bestimmt annehme; wenigstens wurde vor dem damaligen Presbyterium sein Anstellungsdekret der höheren Bestätigung unterbreitet. Auf der einen Seite also unterhandelte er mit Heltau, als ob er umeinstimmen sei, wohin er gehen wolle, auf der andern Seite ließ er von Seiten Agnetshelns stillschweigend seine Bestätigung annehmen.

Indes die Drohung mit einer Disziplinarlage hatte gewirkt; am 10. Dezember antwortete er bestimmt, daß er die Heltauer Lehrerstelle annehme und am 16. Dezember schrieb er nach Heltau: „Ich habe in Agnetsheln abgesetzt, hier meinen Dienst gekündigt und heute denn auch Ihr Anstellungsdekret erhalten, so folge ich denn Ihrem gebeten Aufse.“ Zugleich bat er um Entschädigung seiner Reisekosten und ersuchte zugleich, ihm eine Wohnung zu mieten.

Die Wohnung wurde gemietet; die Uebersiedlungskosten vom Presbyterium aus der Kirchenkasse zu tragen beschlossen; dies Alles an Theil am 23. Dezember gemeldet und er aufgefordert, ehestens nach Heltau überzusiedeln. Doch statt seiner folgte am 3. Januar 1873 ein Brief, in welchem er mittheilte, die Agnetshelner wollten ihn nicht losgeben; die Sache stehe nicht mehr in seiner Hand, der Det Agnetsheln habe sie in die seine genommen und er wolle gerne demjenigen angehören, auf

stärken. Er beschwert sich darüber, daß die Regierung zu mehreren, in den genannten Städten getroffenen Anordnungen, welche dem Verlebre zu großen Schäden gereichen, ihre Zustimmung erteilt habe.

Joseph Madarasz interpellirt den Finanzminister, ob er davon Kenntnis habe, daß einzelne dem Finanzministerium unterstehende Aemter in ihrer amtlichen Korrespondenz zuweilen die deutsche Sprache gebrauchten, wie dies aus den in der „Magyar Ujsag“ und dem „Ellenor“ enthaltenen Mittheilungen ersichtlich? und ob der Minister es allen seinen untergebenen Organen zur Pflicht machen wolle, daß sie sich in Zukunft ausschließlich der ungarischen, als Amtssprache bedienen?

Beide Interpellationen werden den betreffenden Ministern schriftlich zugehellt werden.

Ludwig Osserations legt nach kurzer Motivirung folgende, an die Regierung gerichtete Interpellation vor:

1. Gedenkt die Regierung einen Gesetzentwurf über die Modifikation des Wahlgesetzes vorzulegen?

2. Gedenkt sie dies in einer Zeit zu thun, in welcher das Haus noch genügende Mühe haben kann, diesen wichtigen Gegenstand zu studiren und vor der Erledigung eingehend zu beraten?

Ministerräsident Szilard beantwortet die Interpellation sofort in Folgendem:

Ich bin in der Lage zu erklären, daß sich die Regierung mit dem vom Berechner bezeichneten Gegenstande beschäftigt. Sobald die Angelegenheit in ein Stadium gelangt ist, welches ermöglicht, dieselbe vor das Haus zu bringen, wird dies geschehen. Auch kann ich dem Interpellanten die Versicherung geben, daß der Gesetzentwurf über die Aenderung des Wahlgesetzes V. 1848 in einem Zeitpunkte vor das Haus gelangen wird, nach welchem letzteres noch immer in der Lage sein wird, die Vorlage gründlich zu studiren und deren Inhalt reiflich zu überlegen. (Beifall links.)

Präsident Vitto: Geheimes Haus! Es erübrigt nun nichts mehr, als die Tagesordnung der nächsten Sitzungen festzustellen. Meine diesbezüglichen Vorschläge sind die folgenden: Zunächst wäre der auf die Ueberprüfung der Schlussrechnungen bezügliche Antrag des Grafen Melchior voraufzunehmen; diesem würden die beiden Gesetzentwürfe folgen, die schon vor den Ferien auf der Tagesordnung waren, nämlich die Gesetzentwürfe über die Verwendung der ausgeschiedenen Unteroffiziere und über die Bedeckung des Pferdebedarfes der gemeinsamen und Honved-Armee zur Zeit der Mobilisirung; hierauf könnte die Erledigung der in Schwere geliebten Paragrafen des Kolonien-Gesetz-Entwurfes und die Verhandlung des 1878er Budgets folgen. (Allgemeine Zustimmung.) Auf der Tagesordnung der nächsten Montag abzuhaltenden Sitzung stehen daher die von mir an erster Stelle erwähnten drei Gegenstände. (Zustimmung.)

Schluss der Sitzung 12 1/2 Uhr.

**Inland.**

Hermannstadt, 13. Januar. „Kolozsvari Közlöny“ hat in einer seiner neuesten Ausgaben die hochinteressante Entdeckung gemacht, daß die Zetzer hauptsächlich deswegen oppositionelle Reichstagsdeputirte gewählt haben, weil die Sachsen von der Regierungspartei noch immer ge- und verhässelt werden (beczeztelik). Wenn das Erzeugniß solch unerreichbarer Gründungsbegehung irgendwelche Berechtigung auf Anerkennung hätte, dann müßte ja gerade die Opposition mit beiden Händen den politischen Herrgott bitten, er möge die Sachen von der Regierungspartei nur hübsch fortverbätscheln lassen, damit auch der siebenbürgische Regierungspartei bis auf die Verhättselungen dem Lager der Linken sich anschleße; da läßt es sich dann schwer erklären finden, daß beispielsweise im „Hon“, dem Hauptorgan der Linken, Herr Alexius Zafab eine unbändige lange „fragmentarische“ Artikelreihe losläßt, um nach schwergeburten historischen, legislativen, archivalischen, aristokratisch-demokratischen Exkursionen, Ab- und Ausschweifungen zu der wechselbalgartigen Schlussfolgerung zu gelangen, daß das von den Sachsen als Bürgschaft ihrer Zusammengehörigkeit angestrebte Gesamtministerium mit dem ungarischen Staatswesen, mit den Rechten der Krone, mit den Grundprinzipien des verantwortlichen Regierungssystems und den Lebensinteressen Ungarns decar unvereinbar sei, daß er (nämlich Herr Alexius Zafab) die Vernichtung desselben in ungarischen Parlamente für absolut unmöglich hält, weil das der erste Schritt zur Einführung des föderalistischen Gruppensystems wäre, was zur vollständigen Zerrümmung und Vernichtung Ungarns führen müßte.

Zu einem von Hermannstadt aus datirten und die Ueberschrift „A szász egyetemi „magyar“ képviselőik“ (Die „ungarischen“ Abgeordneten in der sächsischen Universität) führenden Leitartikel des „Kelet“ vom 11. l. M. forstet eine von Galle und hochster Satire übertriebene Seele als Fafchings-Szene unter obligaten Ausfällen auf die XII Repräsentationspunkte speziell und auf die Altachsen und den Mediascher Tag im Allgemeinen nach der Ursache, warum die Annahme der Repräsentation in der Universitätsitzung vom 16. v. M. gerade dem „Ung. Klub“ und dem „Ellenor“ telegraphirt wurde und gelang auf Grund seiner tiefen Forschungen zu der Schlussfolgerung, daß es damit auf eine Dupirung des deutschen und ungarischen Vespublikums abgesehen sein wolle, um dasselbe glauben zu machen, daß auch die ungarische Bevölkerung des Königsbodens mit den Grundbägen der Repräsentation ein-

verstanden sei. Diese von ihm selbst gedrehte Voraussetzung macht den Artikelreiber aus dem Hauschen fahren, denn er schimpft rechts und links wie ein Kohlrab, läßt die zwei ungarischen Konfuzepulierten das erkommunizierende Urtheil, daß sie nicht als Ungarn gestimmt haben, geberdet sich narriß vor Freude, daß die romanischen Deputirten standhafter waren und sich von den sächsischen Nachen (szász rökak) nicht überlisten ließen, wüßt den Sachsen vor, daß, während sie einerseits stets Schonung der Eigenart ihres Kulturelementes fordern, andererseits vor Freude aus der Haut fahren (döredöl ugrik ki öromében), so oft sie sehen, wie das von ihnen, gleich einem Götzenbilde, angebetete Preußen mit der Eigenart der unter seiner eisernen Ruthe schmachtenden Millionen welche nicht preußischer Konfession sind, umspringt — und schließlich mit gesperrtem Rachen, eigentlich geperrter Schrift, daß auch die Hermannstädter Ungarn gegen die „berückichtigten“ (hirhed) XII Repräsentationspunkte protestiren.

Hermannstadt, 13. Januar. Bei Gelegenheit der Zusammenstellung des Justizminister-Budgets für das Jahr 1873 wurde die Aufstellung der Magy-Emveder Landesstrafanstalt für weibliche Sträflinge, beziehungsweise die Vereinigung derselben mit dem gleichartigen Straf- und Korrektionshause in Maria Nostra beschlossen. Nachdem aber die Durchberatung und Annahme des Budgets für 1873 im Laufe des vergangenen Jahres nicht erfolgen konnte, und in dem erwähnten Budget außer den in's Extraordinarium aufgenommenen Aufwandskosten pr. 4000 fl. für die Magy-Emveder Landesstrafanstalt nicht gefordert wurde, so war der Justizminister gezwungen, diese Strafanstalt in Ansehung der reichstagsmäßigen Genehmigung schon mit Ende des Jahres 1872 aufzulassen, bezugsweise dieselbe mit jener in Maria Nostra zu vereinigen, wodurch dem Staate jährlich eine Ersparnis von 12.491 fl. erwächst, abgesehen davon, daß auch für die Beamten der aufgelassenen Strafanstalt billigerweise gefordert wurde.

Hermannstadt, 4. Januar, schreibt man unter Anderem dem „Bester Klub“: Wenn „Magyar Politika“ in einem seiner jüngsten Nummern mit der Behauptung schließt, die Zustände auf dem Königsboden könnten sich nur dann besser gestalten, „wenn die Organisation in dem Sinne durchgeführt werden, daß die Regierung nicht mehr mit der Universität, sondern mit den einzelnen Jurisditionen unmittelbar verkehrt, an Stelle des jetzigen ein mehr energischer und mehr aufrichtiger, willenskräftiger Comes tritt.“, so zeigt dies von einer Unkenntnis der Verfassungszustände und Verhältnisse auf dem Königsboden.

Die Regierung verkehrt gegenwärtig, und hat auch früher immer mit den einzelnen Jurisditionen direkt verkehrt, und sich der Universität nie als Mittelbehörde zwischen Regierung und Jurisdiction bedient. Als vermittelndes Organ fungirte und fungirt vielmehr stets nur der Comes, analog dem Dergespan der übrigen Jurisdictionen. Der gegenwärtige Comes aber, d. i. der im Frühjahr März oder April 1868 von der jetzigen konstitutionellen Regierung entsetzte Comes Moriz Konrad hat mit Takt und Umsicht die theilweise kollidirenden Intentionen der Nationsgenossen mit den Interessen des ungarischen Einheitsstaates in thätigster Einklang zu bringen verstanden.

Pest, 11. Januar. Im „Hon“ schreibt M. Jolai unter dem Titel: „Napoleon III. und Ungarn“: Er war uns von Beginn an keine sympatischere Gestalt. Im Jahre 1848—9 betradete die ganze Nation Napoleon's Erhebung als einen großen Schlag. Die ungarischen Sympathien für die französische Demokratie und die Republik schabeten uns sehr viel. Napoleon merkte sich unsere Haltung sehr gut und ließ sie uns auch entgelten. Köstlich ließ er nicht auf französischem Boden landen; der abgewiesene Gouverneur prophezeigte, daß Napoleon auch ein solch ein Verbannter vergebens um Aufnahme bitten werde. Die Verhältnisse änderten sich, Napoleon unterstützte die Emigration, um Desterreich in Schach zu halten, als plötzlich der Staatsreich alle unsere Hoffnungen vernichtete. Damals begann unsere schwerste Zeit. Im Krimkrieg erkaufte er die Neutralität Desterreichs mit „unserem Preis.“ Im italienischen Kriege wollte Napoleon Köstlich wieder gegen Desterreich benützen; daß Köstlich damals ohne Garantien keine neue Tragodie aufzuführen wollte, ist sein größter Verdienst. Wir meinten, das geeinigte Italien werde uns: treuer Verbündete sein, Napoleon bereitete auch dieß. Die Gegenbewegungen in Agram, Bukarest und Belgrad waren alle das Werk Napoleon's. Der preussische Krieg zerstückte die alte österreichische Politik, und als Ungarn seinem Ziele nahe war, da war es wieder Napoleon, der zwischen die Kämpfenden trat. Damals sah Ungarn ein, es gebe keine andere Rettung, als den Ausgleich mit der Donau. Der französisch-preussische Krieg führte uns nochmals in Verjudung; nie gaben die magyrische Nation und die Donau einander mehr Grund, die gegenseitigen Sympathien aufrecht zu erhalten, als indem wir Einer den Andern vom Krieg zurückhielten. Zuletzt fiel Napoleon III., möge er in Frieden ruhen, für uns ist er schon seit 6 Jahren tot. Wir aber zeichnen uns die Lehre auf, daß es der ungarischen Nation und der gemeinsamen Freiheit viel nützlicher ist, sich mit dem eigenen gekrönten Haupt auszusöhnen, als in fremde Fürsten Vertrauen zu setzen.

Pest, 11. Januar. (Orig.-Korresp.) Heute hielt das Unterhaus seine erste Sitzung im neuen Jahre und handelte es sich vor Allem, die Tagesordnung für die nächsten Montag stattfindende Reichstagsitzung festzustellen. Die meritorischen Debatten über das Staatsbudget dürften nach den getroffenen Bestimmungen kaum vor nächsten Donnerstag beginnen, indem vorher einige auf das Herweifen Bezug nehmende Ergän-

zungen und die Ueberprüfung der Schlussrechnungen vor Allem der legislativischen Regelungen harrten.

Soll der Reichstag überhaupt sich in der That als ein Reform-reichstag ein monumentales Andenken sichern, dann muß sowohl Seitens der Regierung wie auch Seitens der Legislative die vollste Kraftanstrengung wie auch die vollste Hingebung an die unvertagbaren Agenden an den Tag gelegt werden. Trotz angestrebter Thätigkeit der Regierung durch den Reichstag, zu dessen Beratungen die Regierung theilnimmt, müssen die noch unvollendeten Gesetzentwürfe unversehrt der Vollenbung zugeführt werden, während sich die Legislative allwöchentlich wenigstens zweimal zu Abendigungen bereit finden muß. Entgegengesetzten Falles haben wir vom 10. Januar bis 10. April d. J., außer der Staatsbudgeterledigung und einiger Steuerreformen, keine praktisch verwertbaren Resultate zu gewärtigen. Bald agitiren die serbischen Ultras durch Brotschüren, z. B. durch die letzte: „Kroatien auf der Marterbank“, bald durch die Journalistik; so ruft z. B. der Belgrader „Kobozan“ im Neujahrsgruß den Serben Desterreichs zu: „Die Stunde unserer Vereinigung naht heran, euer Befreiung wird unser gemeinsames Glück versiegeln.“ Das Programm der von Stratinovic's redigirten „Serbska Politika“ trägt die losvaste Wiene, äußert sich aber dahin, daß die Revision des Ausgleiches nach dem zehnjährigen Termine auch den Serben jene Zukunft bringen wird, die der Föderalismus in Desterreich anstrebt. Ebenso wird die Revision des Nationalitätengesetzes gewinnlich über Entnationalisirungstendenzen getragt, obgleich das legthantionirte serbische Schulgesetz einen Theil der serbischen Spezialgeschichte unter die Vergegenstände mit aufgenommen und selbst der Beding serbisch-nationalen Geistes Rechnung getragen worden.

Wer wäre doch auch auf einen serbischen Resultismus gefaßt gewesen, welcher im berührten Programme einen neuen Beitrag konstatierte.

Agram, 11. Januar. Die geistige Unionisten-Konferenz billigt das Vergehen des Regnifer-Deputationsmitgliedes Julius Jelacic, der gegen das bekannte Glabovak stimmte.

Wien, 11. Januar. Die Häupter der Bonapartisten verjammeln sich in Ohlleuchst zur Todtenfeier Napoleon's. Dessen Tod wird von der Kaiserin Eugenie allen Höfen in Europa angezeigt. Die Leiche soll später nach Aremberg gebracht werden.

Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Kemberg gemeldet: Dem Vernehmen nach wurden der Statthalter-Bezirkspräsident Hartmannski und drei Statthalterräthe behufs Beratung bei der Ausarbeitung des Wahlreformgesetzes nach Wien berufen.

Die „N. Fr. Pr.“ theilt mit: Für Galizien würde die Abgeordnetenzahl der Städte verdoppelt; die Städte wählen 14, die Landgemeinden 27, der Großgrundbesitz 17 Abgeordnete. Der Fideikomiß in Böhmen wählt 5 oder 6 Abgeordnete; die Fideikomisse in Mähren und Schlesien wählen im Verein mit dem übrigen Großgrundbesitz; für die Bukowina wird aus dem jetzigen einen Wahlkörper gleichfalls ein selbstständiger Wahlkörper gebildet.

Die „österreichische Korrespondenz“ vernimmt, daß auf Befehl des Kaisers für Napoleon eine zwölftägige Trauer angelegt werde.

Gratz, 9. Januar. Die hiesigen Buchdrucker, deren Fachverein von der Statthalterei aufgelöst wurde, wollten einen Buchdruckertag gründen; allein die Statthalterei verbietet die Constatuirung desselben, als die Statuten vorgelegt wurden.

Gratz, 11. Januar. Ein Auftrag des italienischen Ministeriums sind sämtliche Kontumazmagregeln an der italienischen Grenze aufgehoben, nur sind jene für Habereinfuhr beibehalten.

Kaisbach, 10. Januar. Das Erdbeben in Adelsberg dauerte 5 Sekunden. Die Richtung war Süd-Südost nach Nordwest. Am nämlichen Tage 1 Uhr 45 Minuten Mittags wurde in Kaisbach eine Erderstütterung wahrgenommen; in einigen Stadttheilen blieb sie unbemerkt, anderwärts dagegen wurde sie stark empfunden. Die Richtung war Süd nach Nord.

Prag, 9. Januar. Anlässlich der neuerlichen Zuweisung einer Staatsubvention für die Curat-Cleriker Böhmens sind 151 Gesuche eingelaufen, darunter 27 aus der Keitmeriger Diocese, und zwar direct an die Statthalterei mit Umgehung des Ordinariats wegen der verfassungsfreundlichen Haltung des Bischofs Bahala. — Der Stadtrath wird in der Montagssitzung dem Stadtverordneten-Collegium den Antrag stellen, die Wahl in den Prager Bezirkschulrath vorzunehmen. Die Annahme dieses Antrages ist zweifellos.

Prag, 10. Januar. Sämmtliche Gesehnblätter besprechen die Details des Wahlreformentwurfes bezüglich Böhmens. Sie klagen über angebliche Zurücksetzung der Landgemeinden und Verkürzung (?) der geistlichen Städte gegen die deutschen.

Die Kommission des Prager Stadtrathes beschloß, die Vornahme der Schulrathswahlen zu empfehlen, weil sonst die Gemeinde einflusslos in Schulfachen bliebe.

Prá n, 10. Januar. Wegen Widergesetzlichkeit der Bevölkerung gegen die über die Wahlregeln anlässlich der Winderpest mußte auf Eruchen der Statthalterei nach Kofein, Bezirk Prognis, vom General-Kommando Militär-Affizienz gesendet werden.

dessen Seite das Recht sei. Das hieß mit anderen Worten: „Agnethelein und Heltau sollen sich um mich zanken, ich will nicht entscheiden.“

Auf diese neue Wendung der ereignisreichen Verhandlungen mit Theil hat das Heltauer Presbyterium damit geantwortet, daß es gegen denselben bei dem zuständigen Bezirkskonsistorium eine Klage einreichte.

Das ist die Geschichte, wie Heltau in einem Zeitraum von mehr als 4 Monaten zu einem Lehrer nicht hat gelangen können. Und nun fragen wir, muß ein Mensch von Charakter nicht Efel überkommen, wenn er die stitliche Mißer überhaut, die sich in den mitgetheilten Thatsachen offenbart? Auch das Mitgetheilte ist ein Beitrag zur Geschichte unseres Volkes, aber ein solcher Beitrag, über welchen ein wahrer Freund unseres Volkes nur den tiefsten Schmerz empfinden kann.

Heltau, am 10. Januar 1873.

H. Wittstodt, Pfarrer.

**Prediger Sydow vor dem Rezergericht.**

Berlin, 8. Januar. Das evangelische Consistorium der Provinz Brandenburg hat die Amtsenthebung des hochbetagten Predigers Sydow in Berlin auf Grund erwiesener Häresie verfügt. Die Kreuzzeitung theilt den Wortlaute des Vernehmungs-Protocolls mit. Bekanntlich drehte sich der Kernpunkt des Inauisitoriums um die Frage: ob Jesus in natürlicher Weise von einem menschlichen Vater erzeugt, oder ob dies nicht der Fall sei, Jesus also ohne einen menschlichen Vater durch eine vom heiligen Geiste ausgegangene Einwirkung auf die Jungfrau Maria erzeugt wurde. Auf Verlangen hierüber erklärte Sydow: „Jesus, unser Herr, ist nach dem Zeugnisse des Neuen Testaments entstanden auf die ordnungsmäßige Weise, wie ein Menschenleben entsteht. Es liegt das natürliche Bedürfnis vor, zu erklären, wie aus einem solchen natürlich entstandenen Wesen eine solche außerordentliche Persönlichkeit werden kann, wie Christus ist. Es ist die sinnige Erwidung von der jungfräulichen Geburt und die Trinitätslehre mit ihren Konsequenzen, welche ich zurückweise, entstanden. Nach

diesen Erklärungsversuchen der Sache, welche vor der Wissenschaft und dem wissenschaftlichen Denken nicht bestehen, kehrt man gern zurück zur Thatsache. Schleiermacher selbst sagt, daß die Abwesenheit des menschlichen Vaters nichts erkläre. Ungeachtet meines freien Glaubensstandpunktes bin ich davon überzeugt, daß wir die Freude, welche wir Alle an den Kintheilungsgehrungen haben, auch ferner behalten werden, aber nicht, indem wir es als wirkliche Geschichte auffassen, daß ein Engel ins Zimmer tritt, Maria mit ihm redet und dergleichen. Es ist das Alles wunderbar, wenn man es versteht, wie man Gedanken einer Dichtung zu verstehen hat in der schönen Symbolik. Aber macht man daraus eine äußerlich passivte Geschichte, so ist die Zeit gekommen, daß, die es ernst meinen, aussprechen, daß diese Erzählungen, wenn auch dauernd lieblich, aber nicht Bedingungen des seligmachenden Glaubens sind. Nach meinen vielfachen Erfahrungen sind viele gläubige Herzen dankbar für die Befreiung ihres Inneren von diesen Geschichten.“ — Präsident: Sie sind aber doch verpflichtet, das apostolische Glaubensbekenntnis in Ihrem Amte zu bekennen? — Sydow: Bekennen? Ich muß es lesen. — Präsident: Sie müssen bekennen: Ich glaube, „empfangen vom heiligen Geiste“ u. — Sydow: Es sind noch andere Artikel des Glaubensbekenntnisses da, die ich in buchstäblichen Sinne auch nicht verstehen kann; aber der einzige Geistesliche soll und darf dasselbe nicht ändern. Er muß es lesen und kann dies ohne Verletzung seines Gewissens. Sonst müßte ich auch manche Lieber nicht singen lassen können. — Präsident: Sie können nicht singen: „Vom Himmel hoch, da komm ich her!“ — Sydow: Ich finde in mir kein Hinderniß dagegen und lasse das Lied gern singen. Christus selbst bezeugt sich als vom Himmel gekommen. Er sagt sogar: Ich bin im Himmel. Er sagt dies als Mensch zu Menschen auf Erden, nicht als gleichzeitig auch im Himmel seiend. Diese Zerrwürfnisse gehen so tief zurück in die Wissenschaft, daß sie hier kaum können erledigt werden. — Präsident: Man kann nicht wissen, wohin Gott die Kirche führen wird. Uns liegt aber ob, daß wir die Wahrheit und die Fundamente des Glaubens erhalten und dafür einsehen. Die Grundlage ist die Heilige Schrift. Sie sagen,

daß alle diese Erzählungen Dichtungen seien, daß in der ersten Gemeinde kein Bewußtsein von der wunderbaren Geburt gewesen, diese vielmehr erst von der späteren Gemeinde poetisch gestaltet und so in das Glaubensbekenntnis gekommen sei, daß nun aber die Zeit eingetreten, in der man mit diesen Geschichten aufzuräumen, den Kern der Ideen aus den Dichtungen herauszuschälen habe. — Sydow: Ueber Keinen von uns werden solche Geschichten entstehen. Daher liegt in diesen symbolischen Darstellungen selbst große Zeugnisstärke für die Hoheit und Einzigkeit der Person Christi. Aber damit ist nicht bewiesen, daß sie geschichtlich passirt sind.

Das Verhör umfaßte auch Fragen über die normative Autorität des Neuen Testaments, welche Sydow dahin beantwortete, daß er nur die nach den Gesetzen der Wissenschaft richtig verstandene Heilige Schrift als Norm anerkenne. Gegen den Schluss des Verhörs legte ihm der Präsident freiwillige Abhandlung nahe. Sydow: Ich bin fern davon, wenn ich auch die Schwäche des Alters in mancher Hinsicht fühle. Bei Antritt meines Amtes ist es heller gewesen. Danach ist es sehr dunkel und mir schwer geworden, die Finsternis zu tragen. Es scheint sich aber zu lichten, und ich möchte an meinem geringen Theile dazu mitwirken. — Präsident: Sie werden sich der Beurtheilung nicht verschließen, daß ihr Vortrag in weiten Kreisen tiefes Aergerniß erregt hat. — Sydow: Ich erlaube mir zu bemerken, daß ich das nicht glaube, im Gegenteil, ein freimachendes Wort ist eine Wohlthat für Tausende. Die gegen mich protestiren, verstehen das nicht. — Präsident: Gleichwohl sind Viele verlegt worden. Wo kann die Freiheit hinführen, wenn sie uns jeden positiven Anhalt raubt? In der Keere ist man allerdings frei, aber man bewegt sich auch eben nur in einem Nichts. — Sydow: Ich bin hiemit einverstanden, aber es ist ein Unterschied zwischen frei vom Geseß und frei im Geseß. — Das Protocoll ist von Hegel (Präsidenten, Sohn des Philosophen Hegel!) und Dr. Brüdner, Stahn und Schmidt unterzeichnet.

Berlin 30 Abgeordnete Presse getroffen Weihnachts-All des Janern etc servativer Zeit ante in einer gegen die Magy Beamten und z der Abstimmun (der Minister) geordnete in d tions-Stellung Beamte der K nach längerer nus, Kardorff, theiligen, wüd gen Erhebung Minister tritt aus einer Corporationen der bezüglich warse über Be nige Disciplin für hochläde U der Cu iden und der der letzteren, gieblichkeit der Staat sei erst gegenüber sein re den Staat verhanden, h dazu gethan n brachten Geseß schüsse in voll einer umständ lührung der Ges und nicht bloß Reon das We Er habe, wirkende Jweu send und auf Graf Moon be dent nach Die habe zehn Zab arbeitet und re habe er nicht v das Landeswoh hätten sich seit Partei erldire wrrung entlla des Praesidm scheidung will Gegner der Kr zu weichen. A Pflicht thun in der Verhandlung fall, welcher m ernung aber t Sodann wird nächste Sitzung Berlin die sofortige D würde angeren gen beginnen, d Kaufe der Sess naujes beabsi den deutschen F wärtige Messer persönlich seiner Berlin die Interpellati ichtung des auf Allocation, erw rial-Erlass sei e über die Straf nach welcher di rung der Veröf Das dem denten je gefe Geseß übertrete men. Wichtig s gen ist, weil es stellen, daß die Urheber versögl selben unterwo Der Erkl cussion, an wel dorst Wepren des Hauses den hervor, daß, w von den nation Nach end rathung des G Sitzung morgan März b Wien abgelehnt Paris, Manifest, wela nach Frankreich Erst deut Vatican gewis, zweiseitige fran bei der Heaten Falle zu bringe — Der a und wird Abend Paris, mit der ersten günstig zu sein. Thiers' in der Einigung erzielt Das links Casimir Perier sich Casimir Ber Des linken Centr

Ausland.

Berlin, 9. Januar. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Gegen 30 Abgeordnete bringen eine Interpellation ein wegen der gegen die Presse getroffenen Maßregeln...

Der Cultusminister hebt hervor, daß die Verfassung der evangelischen und der katholischen Kirche völlige Unabhängigkeit garantire, was der letzteren, Dank der Energie der katholischen Bischöfe und der Nachgiebigkeit der Staatsorgane, die größte Unabhängigkeit brachte.

Er habe, sagt derselbe, für den König und das Land schädlich wirkende Zweifel zu beseitigen. An die vorgelegte Disposition antwortend und auf seine dreizehnjährige Amtstätigkeit zurückblickend, hebt Graf Moon hervor, es sei unübersehbar, daß der preussische Minister-Präsident nach Wien leute, wenn der Reichszanzler nach Westen lenkt.

Berlin, 9. Januar. Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat die sofortige Drucklegung der heute vorgelegten kirchenrechtlichen Entwürfe angeordnet. Die Verabreichung derselben soll in ungefähr acht Tagen beginnen, da die feste Absicht vorberührt, diese Vorlagen noch im Laufe der Session zu erledigen.

Berlin, 10. Januar. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) An die Interpellation Mallindrodt's, betreffend das Verbot der Veröffentlichung des auf Deutschland bezüglichen Passus der päpstlichen Weihnachts-Allocution, erwidert der Minister des Innern: Der bezügliche Ministerial-Erlass ist ergangen. Die Regierung habe ein definitives Urtheil über die Strafbarkeit nicht zu fällen und nur die Ansicht mitgetheilt, nach welcher die betreffende Stelle strafbar sei.

Das dem Erlasse vorausgeschickte Avertissement an die Ober-Präsidenten sei gesetzlich weder erfordert, noch aber verboten. Damit sei kein Gesetz übertreten, vielmehr wohlwollend den Redactionen entgegengekommen. Wichtig sei, daß die Maßregel von der Wilhelmstraße ausgegangen ist, weil es im Auswärtigen Amte darauf ankam, gerichtlich festzustellen, daß die Allocution eine Verleumdung enthalte, welche gegen die Urheber verfolgbar wäre, wenn es eine Jurisdiction gäbe, welcher dieselben unterworfen wären.

Der Erklärung des Ministers des Innern folgt eine lange Discussion, an welcher sich Windthorst (Dortmund), Engelken, Kasper, Windthorst (Meppen) und Lewe betheiligen. Kasper hebt unter dem Beifall des Hauses dem Abg. Mallindrodt und der Centrums-Partei gegenüber hervor, daß, wenn sie mit Rom sich weiter identificiren, sie immer weiter von den nationalen Zielen entfernt werden, auch wenn sie es nicht wollen. Nach entlicher Annahme des Schlußes der Debatte wird die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Nächste Sitzung morgen.

Wärzburg, 9. Januar. Professor Lerer hat den Ruf nach Wien abgelehnt.

Paris, 9. Januar. Ein bonapartistisches Comité redigirt ein Manifest, welches Eugenie im Falle des Ablebens Louis Napoleon's nach Frankreich schweben will. Erst heute ist die Ernennung de Corcelles' zum Botschafter beim Vatican gewiß. Das rechte Centrum findet ein Interesse daran, die zweideutige französische Politik Rom gegenüber zu verlängern, und wirkt bei der Rechten unablässig dahin, um die Interpellation Belcastel zum Falle zu bringen.

Der amerikanische Gesandte Washburne ist in Brest angekommen und wird Abends in Paris erwartet.

Paris, 10. Januar. Das Resultat der Besprechung Thiers' mit der ersten Sub-Commission wird geheim gehalten, scheint indes günstig zu sein. Man versichert, daß über die Frage der Anwesenheit Thiers' in der National-Verammlung und das Suspensiv-Veto eine Einigung erzielt wurde. Das linke Centrum hat mit 63 gegen 58 Stimmen, welche auf Casimir Perier entfielen, Christophole zum Präsidenten gewählt, worauf sich Casimir Perier sammt seinen Anhängern entfernte. Die Besetzung des linken Centrums wird als vollendete Thatsache betrachtet.

Paris, 11. Januar. Das Journal Officiel veröffentlicht die Ernennung de Corcelles' zum Botschafter beim päpstlichen Stuhle. Paris, 11. Januar. „Bien Public“ meldet: Mac Mahon und eine gewisse Anzahl Generale erhielten Urlaub, um dem Feind entgegenzutreten. Napoleon's beizuwohnen. Man begreift, sagt das genannte Blatt, daß diese Urlaubsgesuche, da sie offen gestellt wurden, ohne Schwierigkeit bewilligt worden sind.

Versailles, 9. Januar. (Sitzung der National-Verammlung.) Die Beratung über den Antrag Broglie's wegen Reorganisation des obersten Unterrichtsrathes wurde fortgesetzt. Broglie und Bischof Dupanloup vertheidigten lebhaft den Gelezwurf. Der Minister Jules Simon wird morgen antworten.

Versailles, 10. Januar. In der National-Verammlung sprach Vacherot zu Gunsten des Gelezwurfs Broglie's über den höheren Unterrichtsrath. Die General-Debatte wurde geschlossen und die Special-Verabreichung über Artikel 1 begonnen. Ein von Pascal-Duprat beantragtes Amendement wurde mit 414 gegen 211 Stimmen verworfen.

Bern, 10. Januar. Der Bundesrath demittirt offiziell das Gerücht, daß die Direction der Gotthardbahn die Linie Bellinzona-Magadino-Pino aufzugeben beabsichtige; dieselbe soll vielmehr zweipartig angelegt werden, wozu im Vertrage keine Verpflichtung vorhanden ist.

Brüssel, 11. Januar. Die „Independance belge“ veröffentlicht ein Schreiben des Grafen Beust an den Herzog von Gramont vom 4. Januar 1873. Graf Beust gibt der Gewisheit Ausdruck, daß der Zwischenfall, betreffend die Veröffentlichungen des Herzogs, die guten Beziehungen Oesterreichs zu Frankreich und zu Deutschland nicht gefährden werde. Graf Beust erinnert Gramont daran, daß er ihm nach dem Kriege gelagt habe, er habe die Handlungsweise Oesterreichs begriffen. Graf Beust erinnert ihn auch an das, was zwischen Frankreich und Oesterreich vorging. Er sagt, die Unterhandlungen, von welchen Gramont sprach, waren ein Austausch von Ideen und führten zu nichts. Sie fanden in den Jahren 1868-1869 und nicht 1869-1870 statt. Oesterreich behielt die Neutralität vor, wenn Frankreich Krieg führen würde. Die einzige von Frankreich und Oesterreich eingegangene Verbindlichkeit bestand darin, sich nicht ohne Wissen des einen oder anderen Theiles mit einer dritten Macht zu verständigen. Graf Beust weiß nicht, worauf sich die Worte Gramont's beziehen, wenn er von Unterhandlungen über einen Offensiv- und Defensiv-Vertrag gegen Preußen spricht. Ein ähnlicher Vorschlag wurde von Frankreich dies nach der Kriegserklärung gemacht, den aber Oesterreich vor Ausbruch der Feindseligkeiten abgelehnt hat.

Die „Independance“ veröffentlicht weiter ein vom 11. Juli 1870 datirtes Schreiben des Grafen Beust an den Fürsten Metternich, worin er sagt, daß Gramont nur diplomatischen Beistand verlangt habe, der französische Gesandtschaftsträger aber sich ermächtigt hielt, mit ihm in akademischer (academiquement) vom Kriege zu reden, ohne jedoch im Namen seiner Regierung zu sprechen.

Es ist wichtig, sagt Graf Beust in dem obzitierten Schreiben an den Fürsten Metternich, ein Mißverständnis bei der französischen Regierung zu vermeiden. Nach Ihren (Metternich's) Berichten spricht Gramont von einem Beobachtungscorps, das wir in Böhmen aufstellen würden. Nichts berechtigt Gramont, auf eine solche Maßnahme zu rechnen. Die einzige Verpflichtung, die wir eingegangen sind, war, uns nicht mit einer dritten Macht ohne Wissen Frankreichs zu verständigen.

Mailand, 11. Januar. Die Journale eröffnen eine Subscription zur Errichtung eines Monumentes zu Ehren Napoleon's in Mailand. London, 10. Januar. Der Anti-Sklavereiverein in London erhielt vom amerikanischen Staatssecretär Fish unterm 24. Dezember ein Antwortschreiben, worin derselbe anzeigt, daß der amerikanische Consul in Zanzibar und ein dort stationirtes amerikanisches Kriegsschiff den Auftrag erhielten, dem Sir Bartle Frere in jeder zweckdienlichen Weise behilflich zu sein, um den Erfolg seiner Mission zu sichern. London, 11. Januar. Der Leichnam Louis Napoleon's wird einbalsamirt und sodann auf dem Paradebette aufgebahrt werden. Prinz Karl Bonaparte, Prinz Murat, General Fleury, Koubur und Albatucci sind in Gijelhurst eingetroffen. Madrid, 10. Januar. Der Carlistenführer Castells wurde getödtet.

Petersburg, 8. Januar. Der Großfürst-Thronfolger hatte eine sehr gute Nacht; das Fieber ist unbedeutend, der Pulsschlag fast normal. Es ist eine Zunahme der Kräfte bemerkbar. Serajewo, 8. Januar. Der Wali begab sich nach der montenegrinischen Grenze, um im Vereine mit dem Commissär Kest Bey die Untersuchung in der Kipower Affaire zu eröffnen. Ein montenegrinischer Commissar wird gleichfalls erwartet. Konstantinopel, 11. Januar. Es herrscht an der hiesigen Börse eine allgemeine Flaute. Die Eisenbahnlinie Adrianopel-Philippopol ist eröffnet, ebenso die Sektion Mitroce-Krivopal in der Länge von 45 Kilometern.

Dem Vernehmen nach soll die Konfiskation der Kirchengüter in Bessarabien nächstens aufgehoben werden. Der gewesene Patriarch von Jerusalem wurde nach Samos verbannt. Newyork, 10. Januar. Staatssecretär Fish richtete an den Unions-Gesandten in Madrid, Generalmajor Sides, am 29. Dezember ein Schreiben mit lebhaften Vorstellungen in Betreff des erfolglosen Versuches Spaniens, die Sklaverei auf der Insel Cuba abzuschaffen. Amerika vermöge nicht gleichgültig zu bleiben, wenn Spanien zugibt, daß die getroffenen Anordnungen beständig verlegt werden. Spanien erkennt seine Ohnmacht an, den Aufstand zu besiegeln. Die Neutralität der Vereinigten Staaten sei schwierig aufrechtzuerhalten; angesichts des nicht erfüllten Versprechens sei die Geduld derselben zu Ende.

Hermannstadt, 14. Jänner. (Bereinsnachricht.) In der vorgestrigen Generalversammlung des hiesigen Les- und Gesellschafts-Vereines wurde — wie alljährlich — der Ausschuss neugewählt, und zwar zum Director: Herr Max Jäger v. Rechtenborn; zum Secretär: Herr Ferdinand v. Ziegler; zum Kassier: Herr Josef Stohandl; zu Delenomen: die Herren Moriz Guist und Albert Dhnik; zu Ausschußmitgliedern: die Herren Major Thimoteus Wilerits, Hauptmann Konstantin Stegar, Michael Rabdebo, Josef Dierlamn, August Kuncz,

Friedr. v. Ziegler; zu Ersatzmitgliedern: die Herren Friedr. Schwabe und Dr. Moriz Katoa. Der Verein ist schuldenfrei und zählt 155 Mitglieder. Die Vereinsbibliothek hat im abgelaufenen Jahre einen Zuwachs von 360 Bänden aufzuweisen. Laut eines in Druck erschienenen Verzeichnisses der Anmeldungen für die Wiener Weltausstellung und bei dem Hermannstädter Totalcomité 316 Gegenstände in Anmeldung gebracht worden, was auf eine lebhafteste Betheiligung von Seite Hermannstadt's hindeutet. (Gute Verwaltung's-Werthschafft.) Ein Handwerksgefelle in Hermannstadt hatte in Wien ein Verbrechen des Diebstahls begangen und nach verübter That nach Hermannstadt geflüchtet. Ueber Anmuthen des Wiener Landesgerichtes vom 11. November v. J. wurde er von Hermannstadt am 15. November vorigen Jahres mittelst Gendarmen-Escorte nach Wien abgeschickt. Am 21. November wurde der Arrestant von den prompten hiesigen Bürglichen Gensdarmen in Soborsin den ungarischen Banduren zur Weiterbeförderung übergeben. Die Banduren brauchten die Zeit vom 21. November 1872 bis zum 2. Januar 1873, um den Arrestanten in einem jämmerlichen Zustande, stets zu Fuß neben den Eisenbahnen, von Soborsin bis Preburg zu escortiren. Endlich am 6. Januar 1873 nach ausgedehnten qualvollen Leiden gelangte der Arrestant in die ersehnte Freiheit des Wiener Landesgerichtes.

(Bericht über den.) Der Maros-Baharbeiter-Spartassa-Verein hält am 3. Februar d. J. seine Generalversammlung. — Der Klausenburger Abovat August Simon hat in Folge einer von dem Honorargraben Augustus Jula in dem Klausenburger neuen Wochenblatt „Jonas Jappa“ veröffentlichten Anzeigung 100 fl. als Beitrag zu dem für die Verfassung der Gesetze der Zeller Nation erforderlichen Beträge gespendet. — Der pensionirte Obergerichts-Secretar Alexius Wvrtas hat für die Waisenkaufe der v. reformirten Gemeinde in Vecsalva eine Summe von 100 fl. gemacht. — Die Klausenburger Schenken für hiesige Leute nicht jährlich zu schwärmen; „Wagdar Polgar“ betragt sich nämlich, daß die Stadtcommunität mit dem wenig pietätvollen Gedanken schwärme, das Haus, in welchem der große König Matthias Korvins das Licht der Welt erblickt hatte, wegen seiner Baufälligkeit zu demoliren und an dessen Stelle ein Finanzhaus zu erbauen. Der Inhabender des Klausenburger Nationaltheaters Baron Alexander Hubar hat diese Stelle zurückgelehnt.

(Was kein Verstand der Verständigen sieht u. s. w.) Folgende Anekdote über „Die Schuld einer Frau“ und Alexander Dumas, der bekanntlich an diesem Stuhle Girarom's mitgearbeitet, findet sich in einem Pariser Blatte: Dumas war über die Lösung der dramatischen Handlung nicht im Klaren. Die definitive Wahl des Kindes zu Quantin des Vaters jagten ihm zu gewagt, zu grausam. Um sich aus dieser Verlegenheit zu befreien, wollte er an das Urtheil seines eigenen Kindes, damals eines neunjährigen Mädchens, appelliren. Er jagte also zu dem Mädchen: „Höre mich an, meine Mutter und ich, wir wollen uns trennen. Wable nun zwischen uns beiden.“ — Das Kind blieb einige Minuten nachdenklich, dann sagte es plötzlich: „Wenn meine Mutter dich verläßt, dann bleibe ich bei dir; wenn aber du so schlecht bist, die Mutter zu verlassen, gehe ich mit ihr.“ — Dumas ging auf diese kindliche Logik ein, die für den Schluß des Stückes entsprechende war.

Friedr. v. Ziegler; zu Ersatzmitgliedern: die Herren Friedr. Schwabe und Dr. Moriz Katoa. Der Verein ist schuldenfrei und zählt 155 Mitglieder. Die Vereinsbibliothek hat im abgelaufenen Jahre einen Zuwachs von 360 Bänden aufzuweisen.

Laut eines in Druck erschienenen Verzeichnisses der Anmeldungen für die Wiener Weltausstellung und bei dem Hermannstädter Totalcomité 316 Gegenstände in Anmeldung gebracht worden, was auf eine lebhafteste Betheiligung von Seite Hermannstadt's hindeutet.

(Gute Verwaltung's-Werthschafft.) Ein Handwerksgefelle in Hermannstadt hatte in Wien ein Verbrechen des Diebstahls begangen und nach verübter That nach Hermannstadt geflüchtet. Ueber Anmuthen des Wiener Landesgerichtes vom 11. November v. J. wurde er von Hermannstadt am 15. November vorigen Jahres mittelst Gendarmen-Escorte nach Wien abgeschickt. Am 21. November wurde der Arrestant von den prompten hiesigen Bürglichen Gensdarmen in Soborsin den ungarischen Banduren zur Weiterbeförderung übergeben. Die Banduren brauchten die Zeit vom 21. November 1872 bis zum 2. Januar 1873, um den Arrestanten in einem jämmerlichen Zustande, stets zu Fuß neben den Eisenbahnen, von Soborsin bis Preburg zu escortiren. Endlich am 6. Januar 1873 nach ausgedehnten qualvollen Leiden gelangte der Arrestant in die ersehnte Freiheit des Wiener Landesgerichtes.

(Bericht über den.) Der Maros-Baharbeiter-Spartassa-Verein hält am 3. Februar d. J. seine Generalversammlung. — Der Klausenburger Abovat August Simon hat in Folge einer von dem Honorargraben Augustus Jula in dem Klausenburger neuen Wochenblatt „Jonas Jappa“ veröffentlichten Anzeigung 100 fl. als Beitrag zu dem für die Verfassung der Gesetze der Zeller Nation erforderlichen Beträge gespendet. — Der pensionirte Obergerichts-Secretar Alexius Wvrtas hat für die Waisenkaufe der v. reformirten Gemeinde in Vecsalva eine Summe von 100 fl. gemacht. — Die Klausenburger Schenken für hiesige Leute nicht jährlich zu schwärmen; „Wagdar Polgar“ betragt sich nämlich, daß die Stadtcommunität mit dem wenig pietätvollen Gedanken schwärme, das Haus, in welchem der große König Matthias Korvins das Licht der Welt erblickt hatte, wegen seiner Baufälligkeit zu demoliren und an dessen Stelle ein Finanzhaus zu erbauen. Der Inhabender des Klausenburger Nationaltheaters Baron Alexander Hubar hat diese Stelle zurückgelehnt.

(Was kein Verstand der Verständigen sieht u. s. w.) Folgende Anekdote über „Die Schuld einer Frau“ und Alexander Dumas, der bekanntlich an diesem Stuhle Girarom's mitgearbeitet, findet sich in einem Pariser Blatte: Dumas war über die Lösung der dramatischen Handlung nicht im Klaren. Die definitive Wahl des Kindes zu Quantin des Vaters jagten ihm zu gewagt, zu grausam. Um sich aus dieser Verlegenheit zu befreien, wollte er an das Urtheil seines eigenen Kindes, damals eines neunjährigen Mädchens, appelliren. Er jagte also zu dem Mädchen: „Höre mich an, meine Mutter und ich, wir wollen uns trennen. Wable nun zwischen uns beiden.“ — Das Kind blieb einige Minuten nachdenklich, dann sagte es plötzlich: „Wenn meine Mutter dich verläßt, dann bleibe ich bei dir; wenn aber du so schlecht bist, die Mutter zu verlassen, gehe ich mit ihr.“ — Dumas ging auf diese kindliche Logik ein, die für den Schluß des Stückes entsprechende war.

Handel und Verkehr.

(Zur Ostbahnfrage) begegnen wir im „Naplo“ einem Communiqué, in welchem die Voraussetzung, daß die Regierung der Ostbahn mit den fehlenden Millionen zu Hilfe eilen sollte, einfach als eine Absurdität hingestellt wird. Es lasse sich wohl nach verschiedener Richtung sehr viel in dieser Sache thun, doch solle man nur vor Allem um Gotteswillen keinen Standa machen. Die Ostbahn sei nicht nur das Opfer gewissenloser Unternehmer, sondern auch der Systemlosigkeit unserer Eisenbahnpolitik. Lebensfähig könne diese Bahn nur dadurch gemacht werden, wenn sie entweder in der Richtung nach der Walsee hin fortgesetzt, oder aber mit Post in Verbindung gebracht werden könne. Zur Ausführung der ersteren Idee fehlten alle Bedingungen, dagegen wäre die letztere in manniqfader Weise realisirbar. Man könnte zunächst die Eisenbahn Großwarden-Debrezin herstellen, von Debrezin aber auf die Mistolzer Linie und so nach Pest gelangen, das gäbe zugleich ein mächtiges Gegengewicht gegen die Dreibahn; eine andere Modalität wäre die, daß die Ostbahn, die Dreibahn und die ungarischen Staatsbahnen in eine gewisse Geschäftseinheit treten würden, welcher Plan Seitens der Herren Wahrmann und Thommen mit größter Vorliebe in's Auge gefaßt und gelegentlich ihrer jüngsten Anwesenheit in Wien auch behandelt worden sei. Die Dreibahn habe sich diesem Verhandlungen nicht verschlossen, ein positives Resultat sei zur Stunde freilich noch nicht zu verzeichnen. Die Möglichkeit, die Angelegenheit zu entwirren, würde jedoch gefördert werden, wenn dies nicht mit der größten Deftektivität geschähe. — Der „Ungar. Lloyd“ macht mit Recht auf den Widerspruch aufmerksam, welcher in diesem Artikel liegt. Es handle sich einfach darum, ob der Staat Opfer bringen solle, um den Ausbau der Bahn zu ermöglichen, oder ob die Befürzer der Stammaktien ihr Geld verlieren sollen. Zu Anfang seines Artikels erklärte nun „Naplo“, es gehe unter keinen Umständen, daß der Staat ohne Weiteres Opfer bringen solle, unmittelbar darauf entwickelt er aber einen Plan, nach welchem die Staatsbahn, welche ganz dem Staate gehört, und die Dreibahn, von welcher der Staat 26,000 Aktien besitze, der Ostbahn einen Theil ihrer Einkünfte geradezu schenken sollen. Klarheit und Offenheit thun in dieser Frage noth, nicht aber Unklarheit und Unoffenheit.

Wichtig für Viele.

In allen Branchen, insbesondere aber bei Bezug der allgemein beliebten Original-Lose, rechtfertigt sich das Vertrauen einerseits durch anerkannte Solidität der Firma, andererseits durch den sich hieraus ergebenden enormen Absatz. Die wegen ihrer Pünktlichkeit bekannte Staats-Effecten-Handlung ADOLPH HAAS in Hamburg ist Jedermann auf's Wärmste zu empfehlen, und machen wir auf die heute in unserem Blatte erschienene Annonce obigen Hauses besonders aufmerksam.

Fremdenliste.

Angelommen am 13. Januar 1873: Ungarische Krone. B. Wolf, Kaufmann, aus Mediasch; A. Kaiman, aus Klein-Kopie; F. Leskovic, Kaufmann, aus Zorba; M. Daraglu, Abovat, aus Szekely-Kerestur; S. Kohn, Kaufmann, aus Siegedin.

Telegr. Wiener Cours vom 13. Jänner 1873

Table with 2 columns: Item and Price. Includes entries for 5% Metalliques, 5% mit Mai-u. Novem., 5% National Anlehen (Silber), 1860'r Staats-Anlehen, Banfaktien, Creditaktien, Lombard, Sieben. Eisenbahn-Aktien, Ostbahn fl. 300, and Pfandbriefe der Hermannstädter Bodencreditanstalt.

Total- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 14. Jänner. (Bereinsnachricht.) In der vorgestrigen Generalversammlung des hiesigen Les- und Gesellschafts-Vereines wurde — wie alljährlich — der Ausschuss neugewählt, und zwar zum Director: Herr Max Jäger v. Rechtenborn; zum Secretär: Herr Ferdinand v. Ziegler; zum Kassier: Herr Josef Stohandl; zu Delenomen: die Herren Moriz Guist und Albert Dhnik; zu Ausschußmitgliedern: die Herren Major Thimoteus Wilerits, Hauptmann Konstantin Stegar, Michael Rabdebo, Josef Dierlamn, August Kuncz,





